

4. HyLand- Vernetzungstreffen

Update Regulatorischer Rahmen auf EU-Ebene – RED II und RED III

24. August 2023



Agenda

1. Aktueller Stand auf EU-Ebene – Überblick zur RED II und RED III
2. Delegierte Verordnung zur Klassifizierung von grünem Wasserstoff
3. Delegierte Verordnung zu Treibhausgaseinsparungen durch RFNBO
4. Umsetzung der Delegierten Rechtsakte in nationales Recht
5. Update – Geplante Neuerungen der RED III
6. Auswirkungen der Ablösung der RED II durch die RED III
7. Fazit und Ausblick



Aktueller Stand auf EU-Ebene – Überblick zur RED II und RED III

RED II (Richtlinie (EU) 2018/2001)

Die EU-Kommission hat auf Grundlage der Art. 27 Abs. 3, 25 Abs. 2 und 28 Abs. 5 der RED II zwei Delegierte Rechtsakte vorgelegt, die jeweils im Juli 2023 in Kraft getreten sind:

- **Delegierte Verordnung (EU) 2023/1184** zur Festlegung einer Unionsmethode mit detaillierten Vorschriften für die Erzeugung von RFNBO für den Verkehr → „**Delegierte Verordnung zu grünem H_2** “
- **Delegierte Verordnung (EU) 2023/1185** zur Festlegung eines Mindestschwellenwertes für die Treibhausgaseinsparungen durch wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe und einer **Methode zur Ermittlung der Treibhausgaseinsparungen durch RFNBO** für den Verkehr sowie durch wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe

→ Der **Geltungsbereich** der beiden Rechtsakte ist in der jetzigen Fassung **auf den Verkehrssektor beschränkt**.

RED III (noch nicht in Kraft)

Die RED III ist Bestandteil des im Juli 2021 von der EU-Kommission vorgelegten **Fit for 55-Pakets**.

- Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wurden u.a. intensiv die Anforderungen an RFNBO und damit die Kriterien, bei deren Erfüllung Wasserstoff und seine Derivate als „grün“ klassifiziert werden können, diskutiert.
- Einigung zwischen Rat, EU-Parlament und EU-Kommission im Rahmen des informellen Trilogs am 30.3.2023.
- Zeitpunkt der Veröffentlichung der RED III im EU-Amtsblatt und des Inkrafttretens derzeit noch offen.

Delegierte Verordnung zu Kriterien für grünen Strombezug

Welche Anforderungen werden an erneuerbaren („grünen“) Wasserstoff auf EU-Ebene gestellt?

Direktleitung (Art. 3 DA)

Maßgebliches Kriterium: Zusätzlichkeit

- Inbetriebnahme der EE-Anlage darf max. 36 Monate vor Inbetriebnahme des Elektrolyseurs erfolgt sein
- Eine Erweiterung des Elektrolyseurs ist bis max. 36 Monaten nach Inbetriebnahme zulässig

Zusätzliches Erfordernis:

Keine Verbindung der EE-Anlage mit dem Netz

- Bei Netzverbindung, muss durch ein Messsystem nachgewiesen werden, dass keine Netzentnahme von Strom erfolgt.
- Aber: Ein anteiliger Netzbezug ist zulässig

Netzbezug (Art. 4 ff. DA) – Vier Varianten, bei deren Erfüllung der Strombezug als grün qualifiziert werden kann

Hoher EE-Anteil im Netz

- Der **EE-Anteil** lag in der Gebotszone im Durchschnitt im vorangegangenen Kalenderjahr bei **über 90%**
- Berechnung des Anteils auf Grundlage der EE-Produktion in der Gebotszone

Emissionsarme Netze

- Die Emissionsintensität des Netzes liegt unter $18 \text{ gCO}_{2\text{eq}}/\text{MJ}$
- Abschluss eines **EE-PPA** (auch ausgeförderte Bestandsanlagen)
- **Zeitliche Korrelation**
- **Geographische Korrelation**

Redispatch

- Stromentnahme erfolgt in Zeiten den Redispatches von EE-Anlagen und
- durch die Entnahme reduziert sich nachweislich die Notwendigkeit der Redispatchmaßnahme(n)

Auffangtatbestand: Netzbezug mit PPA

- Abschluss eines **EE-PPA**
- **Zusätzlichkeit:** Inbetriebnahme der EE-Anlage darf **maximal 36 Monate** vor Inbetriebnahme des Elektrolyseurs erfolgt sein; die EE-Anlage darf keine Förderung in Form von Investitions- oder Betriebsbeihilfen erhalten haben (aber Ausnahmen u.a. bei Repowering)
- **Zeitliche Korrelation:** EE-Stromerzeugung und -verbrauch erfolgen in demselben Kalendermonat (ab 2030 in derselben Stunde)
- **Geographische Korrelation:** EE-Anlage und Elektrolyseur befinden sich in derselben Gebotszone

Übergangsfrist für das Zusätzlichkeitskriterium:

Keine Anwendung der Vorgaben bis zum **1.1.2038** auf Elektrolyseure, die **vor dem 1.1.2028 in Betrieb genommen** worden sind (Ausnahme: Kapazitätserweiterungen).

Daneben ist eine zweite Delegierte Verordnung in Kraft getreten, die im Kern Folgendes regelt:



Festlegung eines Mindestschwellenwertes

- **Bezugspunkt des Mindestschwellenwertes:**
Treibhausgaseinsparungen durch wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe
→ *Flüssige o. gasförmige Kraftstoffe, die aus flüssigen oder festen Abfallströmen nicht erneuerbaren Ursprungs, die für eine stoffliche Verwendung iSd Art. 4 der RL 2009/98/EG nicht geeignet sind, hergestellt werden, sowie aus Gas aus der Abfallverarbeitung und Abgas nicht erneuerbaren Ursprungs, die zwangsläufig und infolge der Produktionsprozesse in Industrieanlagen entstehen.*
- Der **Mindestschwellenwert** liegt bei **70%**, d.h. die THG-Einsparungen durch die Nutzung wiederverwerteter kohlenstoffhaltiger Kraftstoffe müssen mindestens 70% betragen.
- Entspricht dem seit dem 1.1.2021 maßgeblichen Mindestschwellenwert für die Treibhausgaseinsparungen durch Nutzung von RFNBO für den Verkehr (Art. 25 Abs. 1 RED II).
- Nur bei Erreichen des Mindestschwellenwertes ist eine Anrechnung von RFNBO / wiederverwerteten kohlenstoffhaltigen Kraftstoffen auf die EE-Ziele der EU zulässig.



Festlegung einer Ermittlungsmethode

- Zudem wird eine **Methode für die Berechnung der Treibhausgaseinsparungen** durch die Nutzung von RFNBO für den Verkehr und wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe festgelegt.
- Die Berechnungsmethode bezieht die mit der Erzeugung der erfassten Kraftstoffe verbundenen Emissionen **über den gesamten Lebenszyklus** ein.
→ Berücksichtigung finden damit auch
 - *vorgelagerte Emissionen,*
 - *Emissionen im Zusammenhang mit der Entnahme von Strom aus dem Netz sowie*
 - *Emissionen im Zusammenhang mit der Verarbeitung und Beförderung der Brenn- bzw. Kraftstoffe zum Endverbraucher.*
- Abgeschiedenes CO₂, für das bereits auf Grundlage anderer Rechtsvorschriften Gutschriften erteilt wurden, kann nicht als vermiedene Emissionen angerechnet werden.
- Wird bei der Erzeugung der RFNBO Strom eingesetzt, ist im Rahmen der Berechnung der Treibhausgaseinsparungen entscheidend, ob dieser als vollständig erneuerbar klassifiziert werden kann → Kriterien des DA zu grünem H₂ maßgeblich!

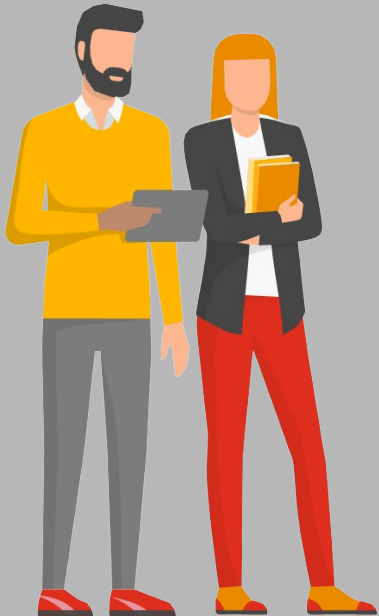
Umsetzung der Delegierten Verordnungen auf nationaler Ebene

Auswirkungen des DA zu grünem H₂ auf die nationalen Regelungen zu grünem Wasserstoff

Status quo

Aufhebung der Vorgaben der §§ 12h ff. EEG zum 1.1.2023

Die hier bislang statuierten Anforderungen an grünen Wasserstoff finden keine Anwendung mehr.



Vorgaben im EnFG

- § 26 EnFG verweist hinsichtlich der Anforderungen an grünen Wasserstoff auf eine Rechtsverordnung nach § 93 EEG 2023.
- Das EnFG regelt damit in seiner jetzigen Fassung nicht selbst die Kriterien, die für die Qualifizierung von Wasserstoff als „grün“ maßgeblich sind.
- Der Anwendungsbereich entsprechender Kriterien im EnFG wäre aber auch (originär) allein auf die Befreiung von bzw. Privilegierung hinsichtlich der KWKG- und der Offshore-Netzumlage reduziert.

Vorgaben im EEG 2023

- Auch das EEG 2023 selbst statuiert keine Kriterien bzw. Anforderungen an grünen Wasserstoff.
 - Vorgesehen ist eine Verordnungsermächtigung in § 93 EEG 2023, auf deren Grundlage die Bundesregierung ermächtigt wird, die Anforderungen an die Herstellung von grünem Wasserstoff zu bestimmen.
 - Auch kann im Rahmen der Verordnung festgelegt werden, dass chemische Verbindungen, die ausschließlich aus grünem Wasserstoff hergestellt werden, als grüner Wasserstoff gelten sollen.
- Die Bundesregierung hat von dieser Ermächtigung bislang noch keinen Gebrauch gemacht

Es besteht jedoch die Möglichkeit, die Anforderungen an grünen Wasserstoff auch im Anwendungsbereich des EEG durch Verweis auf die 37. BImSchV („THG-Quote“) zu bestimmen

→ *Ein erster Referentenentwurf zur Umsetzung der Delegierten Verordnungen in der 37. BImSchV liegt seit Ende April 2023 vor.*

Die Umsetzung der Vorgaben der Delegierten Verordnungen soll in der 37. BImSchV erfolgen



Anforderungen an grünen Wasserstoff

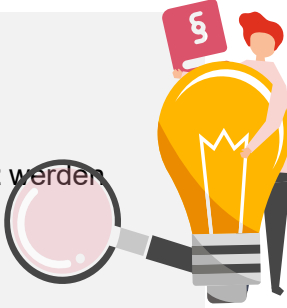
→ Die Vorgaben des DA zu H₂ sollen 1:1 in der 37. BImSchV umgesetzt werden

→ Unter welchen **Voraussetzungen der zur Herstellung von Wasserstoff bzw. RFNBO eingesetzte Strom als vollständig erneuerbar angerechnet werden** kann, richtet sich danach, ob

- eine Direktleitung zwischen der EE-Stromerzeugungsanlage und dem Elektrolyseur besteht oder
- der Strom aus dem Netz entnommen wird.

Nicht erfasst ist der Einsatz von **Strom aus Müllverbrennungsanlagen** (biogene Reststoffe) und Biogasanlagen. Wasserstoff biogenen Ursprungs kann jedoch als „fortschrittlicher Biokraftstoff“ zur Anrechnung auf die THG-Minderungsziele zugelassen werden, wenn die Biomasse geltende Nachhaltigkeitsnachweise erfüllt.

Zudem wird festgelegt, dass die **Treibhausgaseinsparungen** durch Nutzung von RFNBO **mind. 70%** betragen müssen → die Berechnung richtet sich nach dem zweiten Delegierten Rechtsakt.



Direktleitung

- Inbetriebnahme der EE-Stromerzeugungsanlage darf max. 36 Monate vor Inbetriebnahme der Anlage zur Herstellung von RFNBO erfolgen („Zusätzlichkeit“).
- EE-Stromerzeugungsanlage darf über keine Verbindung zum Netz iSd § 3 Nr. 35 EEG 2023 verfügen.

→ Ausnahme: Im Fall der Netzverbindung kann durch ein iMS nachgewiesen werden, dass kein Strom aus dem Netz entnommen wurde zur RFNBO-Erzeugung



Netzbezug

Grundkriterien sind entsprechend den Vorgaben des DA die Zusätzlichkeit sowie die zeitliche und geographische Korrelation.

- (1) **Zusätzlichkeit** → Hersteller deckt Strombedarf aus Eigenerzeugung oder Abschluss eines EE-PPA
- (2) **Zeitliche Korrelation** → Erzeugung von RFNBO und EE-Strom, der auf Grundlage des EE-PPA abgenommen wird, erfolgen in demselben Kalendermonat (ab 1.1.2030 in derselben Stunde)
- (3) **Geographische Korrelation** → Grds.: EE-Stromerzeugungsanlage und die Anlage zur RFNBO-Herstellung liegen in derselben Gebotszone

Abweichungen davon gelten in drei Sonderfällen: Gebotszone, deren EE-Anteil an der Bruttostromerzeugung bei mind. 90% liegt; Gebotszone mit einer Emissionsintensität des Netzstroms von weniger als 18 gCO₂eq/MJ; Zeiten von abwärts gerichteten Redispatch von Stromerzeugungsanlagen

37. BImSchV: Nachweissystem und Anwendungsbereich der geplanten Rechtsverordnung

Einführung eines Systems zur Nachweisführung

Durch das System soll die Erfüllung der Anforderungen bei der Herstellung und Lieferung von RFNBO nachgewiesen werden.

Die geplanten Vorgaben orientieren sich an dem bestehenden System der Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung.



- Die Nachweise beziehen sich auf die Anrechnung des eingesetzten Stroms als vollständig erneuerbar sowie auf die mindestens zu erreichenden Treibhausgaseinsparungen durch die Nutzung von RFNBO.
- Die Nachweisausstellung erfolgt durch die sog. letzten Schnittstellen: *Betriebe, die RFNBO in der erforderlichen Qualitätsstufe für den Einsatz im Straßen-/Schienenverkehr herstellen.*
- Zusätzlich geplant ist die Einführung eines Systems für die Zertifizierung der relevanten Akteure („Schnittstellen“ und Lieferanten) durch anerkannte Zertifizierungsstellen.
- Das UBA soll ein zentrales Register über alle Zertifizierungssysteme, Zertifikate, Nachweise etc. führen

Anwendungsbereich der 37. BImSchV



→ Die 37. BImSchV gilt an sich ausschließlich für den Verkehrssektor im Kontext der THG-Quote.

→ Aber:

- Über den Verweis in § 93 Abs. 3 EEG 2023 gelten die hier normierten Anforderungen an grünen Wasserstoff auch **im Anwendungsbereich des EEG 2023.**
- Da **§ 26 EnFG** hinsichtlich der Anforderungen an grünen Wasserstoff auf die Rechtsverordnung nach § 93 EEG 2023 verweist, finden die Vorgaben der 37. BImSchV dann auch **im Kontext der Umlageprivilegierungen Anwendung.**



Update RED III

Zentrale Änderungen auf Basis der im informellen Trilog beschlossenen Fassung der Richtlinie

RFNBO

- **Anpassung des RFNBO-Begriffs:** Erneuerbare Kraft-/Brennstoffe nicht biogenen Ursprungs, d.h. flüssige oder gasförmige Kraft- oder Brennstoffe, deren Energiegehalt aus erneuerbaren Energiequellen mit Ausnahme von Biomasse stammt
 - Sektorunabhängige Definition!
 - Erfasst ist hiervon u.a. grüner („erneuerbarer“) Wasserstoff.

Neue Zielsetzungen in den Sektoren Industrie und Verkehr:

- Erhöhung des EE-Anteils in der Industrie bis 2030 um mind. 1,6% im Jahresdurchschnitt für die Zeiträume von 2021 bis 2025 bzw. 2026 bis 2030.
- Verpflichtung der MS, sicherzustellen, dass der Beitrag der für energetische und nichtenergetische Zwecke genutzten RFNBO in der Industrie in 2030 mind. 42%, in 2025 mind. 60% des für energetische und nichtenergetische Zwecke genutzten Wasserstoffs beträgt.
- Kombiniertes Anteil von fortgeschrittenen Biokraftstoffen und Biogas sowie RFNBO an der Energieversorgung des Verkehrssektors iHv mind. 1% in 2025 und mind. 5,5% in 2030, wobei der RFNBO-Anteil in 2030 bei mind. 1% liegen muss.

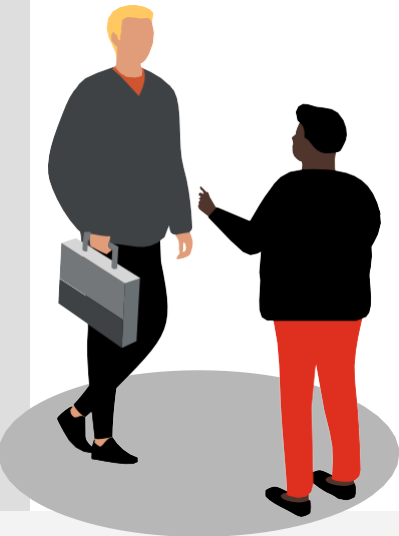
Anrechenbarkeit von EE-Strom für die RFNBO-Produktion

- Die Vorgaben gelten generell für die Produktion von RFNBO – unabhängig vom Einsatz im Verkehrssektor
- Grundlegende Vorgaben zur Anrechenbarkeit des EE-Stroms in Abhängigkeit davon, ob eine Direktleitung besteht oder ein Netzbezug erfolgt → Kein Widerspruch zu den von der EU-Kommission im DA zu H₂ festgelegten Kriterien.
- Ausgestaltung der Vorgaben durch einen Delegierten Rechtsakt → *Fortgeltung des jüngst in Kraft getretenen DA?*

Sektorunabhängige Anwendung der Delegierten Verordnungen nach Inkrafttreten der RED III?

L 157/20	DE	Amtenblad der Europæiske Union	20.6.2023
DELEGIERT VERORDNING (EU) 2023/1185 DER KOMMISSION vom 10. Februar 2023 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europæischen Parlaments und des Rates durch Festlegung eines Mindestschwellenwertes für die Treibhausgasemissionen durch wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe und einer Methode zur Ermittlung der Treibhausgasemissionen durch flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr sowie durch wiederverwertete kohlenstoffhaltige Kraftstoffe			
DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION – gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europ�ischen Union, gestützt auf die Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europ�ischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (1), insbesondere auf Artikel 27 Absatz 3 Unterabsatz 7, in Erwägung nachstehender Gründe: (1) Angesichts der Tatsache, daß unter anderem durch Technologieentwicklungen möglich (EU) 2018/2001 festgelegte Treibhausgasemissionen (2) Es ist erforderlich, auf die Berechnung der Treibhausgasemissionen für den Verkehr (3) Die Methode zur Berechnung oder gasförmiger erneuerbarer kohlenstoffhaltiger Kraftstoffe tragen und auf objektiven (4) Für CO�-Abscheidung, die gewährt werden. Dieses ab Nutzung oder Bestimmung (5) Der Ursprung des CO�, da Ursprung für den Verkehr die Ermittlung der Treibhausgasemissionen möglich wird. Da sich die Wirtschaft abscheidbaren CO�, nicht verbrennen, die am schwachen erneuerbare Kraftstoffe a Kraftstoffe, die CO� aus im Jahr 2040 vereinbart, da die entsprechenden Emissionen daher bei der Ermittlung d biogenen Ursprungs für d unbegrenzten Zeitraum all nicht nachhaltiger Brennstoffe Emissionen gehen, da ab Verwendungszwecken mit Emissionen gehen sollen. Umsetzung des unionsweiten Paraments und des Rates (7) ABLE 1.128 vom 21.12.2018, S. 8 (7) Richtlinie 2003/87/EG des Rates vom 13. Oktober 2003, S. 132			
20.6.2023	DE	Amtenblad der Europ�ischen Union	L 157/11
DELEGIERT VERORDNING (EU) 2023/1184 DER KOMMISSION vom 10. Februar 2023 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europ�ischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung einer Unionsmethode mit detaillierten Vorschriften für die Erzeugung flüssiger oder gasförmiger erneuerbarer Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr			
DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION – gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europ�ischen Union, gestützt auf die Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europ�ischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (1), insbesondere auf Artikel 27 Absatz 3 Unterabsatz 7, in Erwägung nachstehender Gründe: (1) Flüssige und gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr spielen bei der Erzeugung der Anteil erneuerbarer Energie in Sektoren, die voraussichtlich langfristige auf flüssige Brennstoffe angewiesen sein werden, wie im See- und Luftverkehr, eine wichtige Rolle. Es ist erforderlich, eine Unionsmethode mit detaillierten Vorschriften zu dem für flüssige oder gasförmige Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr gesamt. Strom festzulegen, damit dieser als vollständig erneuerbar betrachtet werden kann. Zu diesem Zweck und unter Beachtung der allgemeinen Unverletzlichkeit der Richtlinie (EU) 2018/2001, müssen klare Vorschriften auf der Grundlage objektiver und nachvollziehbarer Kriterien festgelegt werden. Mit Strom hergestellte flüssige und gasförmige Brennstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr gehen grundsätzlich nur dann als erneuerbar, wenn der Strom aus erneuerbaren Quellen stammt. Dieser erneuerbare Strom kann von einer Anlage produziert werden, die direkt mit der Anlage verbunden ist, die die flüssigen und gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr produziert (unter ein Elektrizitätsnetz), oder direkt aus dem Netz stammen. (2) Der Energiegehalt fest aller flüssigen und gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr beruht auf erneuerbarem Wasserstoff, der durch Elektrolyse erzeugt wird. Die Emissionsintensität von Wasserstoff, der mit Strom aus fossilen Brennstoffen erzeugt wird, ist wesentlich höher als die Emissionsintensität von Wasserstoff, der in konventionellen Verfahren mittels von Erdgas erzeugt wird. Es ist daher wichtig sicherzustellen, dass der Bedarf an Strom für die Erzeugung flüssiger oder gasförmiger erneuerbarer Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr durch Strom aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird. Nach der Revision Rumlands in der Ukraine ist die Notwendigkeit einer raschen Energieumwandlung und einer raschen Vernetzung der Abhängigkeit von der Einfuhr fossiler Brennstoffe in der Union noch deutlicher und dringlicher geworden. In der Mitteilung „REPowerEU“ (1) hat die Kommission daher eine Forderung dargelegt, die es noch weit vor dem Ende dieses Jahrzehnts ermöglichen soll, von fossilen Brennstoffen aus Rumland unabhängig zu werden. Flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr spielen dabei eine wichtige Rolle und tragen allgemein zur Vernetzung der Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen bei. Die festzulegenden Kriterien sind daher auch wichtig, um zu verhindern, dass der Strom, der für die Erzeugung des für erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr erforderlichen Wasserstoffs benötigt wird, zu höheren Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Rumland führt. (3) Die Bestimmungen dieser Verordnung sollten unabhängig davon gehen, ob die flüssigen oder gasförmigen Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr innerhalb oder außerhalb des Gebiets der Union erzeugt werden. Wird auf Gebietszonen und Bilanzkreisabrechnungsintervalle Bezug genommen, bei denen es sich um Konzepte handelt, die in der Union, aber nicht in allen anderen Ländern existieren, sollte es Kraftstoffherzeugern in Drittstaaten gestattet werden, sich auf gleichwertige Konzepte zu stützen, sofern das Ziel dieser Verordnung gewahrt bleibt und die Bestimmung auf der Grundlage des in den betreffenden Drittland bestehenden ähnlichen Konzepts umgesetzt wird. Im Falle von Gebietszonen könnte es sich bei diesem Konzept um das Vorliegen ähnlicher Maßnahmen, die physikalischen Merkmale des Stromnetzes, insbesondere den Verbindungsgrad, oder bei Teilen dieser Voraussetzungen, das Land selbst handeln. (7) ABLE 1.122 vom 21.12.2018, S. 12 (7) COM(2022) 100 final			

- Die RED III löst nach ihrem Inkrafttreten die seit dem Jahr 2018 geltende RED II ab, sodass ab diesem Zeitpunkt auch die sektorunabh ngige RFNBO-Definition gilt.
- Die Anfang Juli 2023 in Kraft getretenen Delegierten Verordnungen zu grünem Wasserstoff und der Ermittlungsmethode der Treibhausgasemissionen beruhen allerdings auf den entsprechenden Ermächtigungsgrundlage der RED II und sind damit in ihrem Anwendungsbereich grds. auf den Verkehrssektor beschränkt.
- Erwägungsgrund (24) der RED III:
„Da erneuerbare Brennstoffe nicht biogenen Ursprungs unabhängig vom Sektor, in dem sie verbraucht werden, als erneuerbare Energien anzurechnen sind, sollten die Regeln für die Ermittlung, ob es sich bei mit Strom hergestellten Brennstoffen um erneuerbare Brennstoffe handelt, die bisher für diese Brennstoffe nur bei ihrem Verbrauch im Verkehrssektor galten, **unabhängig vom Verbrauchssektor auf alle erneuerbaren Brennstoffe nicht biogenen Ursprungs angewandt werden.**“
- Aber: Keine absolute Rechtssicherheit, dass die Delegierten Verordnungen sektorunabh ngig auf RFNBO bzw. grünen Wasserstoff Anwendung finden können.
→ Eine entsprechende Klarstellung / Anpassung der Verordnungen sollte zeitnah erfolgen.



Fazit und Ausblick

- Mit den Delegierten Verordnungen hat die EU-Kommission erstmals verbindliche Anforderungen an grünen Wasserstoff statuiert und damit in einem gewissen Grad Rechts- und Planungs-/Investitionssicherheit geschaffen.
- Eine Klarstellung, dass die neuen Anforderungen - entsprechend den geplanten Vorgaben der RED III - sektorunabhängig Anwendung finden, wäre begrüßenswert.
- Durch die Umsetzung der RED II bzw. der Delegierten Rechtsakte soll laut der revidierten Wasserstoffstrategie der Bundesregierung die heimische Elektrolyseleistung um rd. 2 GW gesteigert werden → entscheidender Beitrag zum Markthochlauf.
- Erforderlich ist insofern ein zeitnahes Inkrafttreten der geplanten Anpassungen der 37. BImSchV, um auch auf nationaler Ebene einen verlässlichen Rechtsrahmen zu schaffen.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

pwc.de



RA Matthias Stephan

Senior Manager

Energie- und Klimarecht

Georg-Glock-Str. 22
40474 Düsseldorf

Tel. +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

© 2023 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Alle Rechte vorbehalten. "PwC" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.